



Antrag

der Abgeordneten **Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Konsequenzen aus der im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst am 23. Oktober 2024 durchgeführten Sachverständigenanhörung zum Thema Antisemitismus an Hochschulen zu ziehen und an den bayerischen Hochschulen umgehend wirkungsvolle Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus umzusetzen. Dabei sollen die folgenden Schwerpunkte im Sinne einer nachhaltigen Strategie zur Antisemitismusbekämpfung und Prävention gegen Antisemitismus gesetzt werden:

- Stärkung der an den Hochschulen eingerichteten Beauftragten für Antisemitismus mit den notwendigen Ressourcen und Stellen, sodass dringend notwendige Präventions- und Bildungsangebote gegen Antisemitismus erstellt werden können
- Ausweitung des Themas Antisemitismus in der Lehrkräfteausbildung sowohl im historischen als auch erziehungswissenschaftlichen Kontext
- Vorlage eines Gesamtkonzepts zum Ausbau der Forschung zu den aktuellen Ausprägungen von Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen
- Programm zum Ausbau neuer Partnerschaften im Bereich von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen des Staates Israel
- Unterstützung der Hochschulen beim Angebot von Sicherheitskonzepten, Sicherheitsworkshops und -schulungen

Begründung:

Die Expertenanhörung zum Thema „Antisemitismus an bayerischen Hochschulen“ des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst am 23. Oktober 2024 hat gezeigt, dass Antisemitismus auch an den bayerischen Hochschulen verstärkt auftritt und jüdische Studierende seit dem 7. Oktober 2023 immer öfter Bedrohungen ausgesetzt sind. Die bayerischen Hochschulen haben sich mit der „Resolution für Respekt an den bayerischen Hochschulen und gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“ deutlich positioniert und ihre Rolle als Orte des offenen Dialogs deutlich gemacht. Sicheres Lernen und Forschen und das Angebot offener Diskussion aller Hochschulangehörigen sind für die Hochschulvertreterinnen und -vertreter ein unabdingbares Ziel.

Mit dem Fünf-Punkte-Aktionsplan gegen Antisemitismus an Hochschulen unterstützt die Staatsregierung zwar die Absicht, jüdische Studierende und Wissenschaftler zu

schützen und zu stärken, der Plan bleibt jedoch unverbindlich mit Absichtserklärungen und bietet für die konkrete Umsetzung an den Hochschulen zu wenig Unterstützung und Koordinierung.

So sind an den 33 Hochschulen Beauftragte für Antisemitismus eingerichtet worden, diese können jedoch mangels Ausstattung nur die Rolle einer Beschwerdestelle einnehmen. Sie sind mit keinen zusätzlichen Ressourcen und Stellen ausgestattet, die es den Beauftragten erlauben würden, auch Präventions- und Bildungsangebote gegen Diskriminierung und Antisemitismus aufzustellen, die jedoch dringend notwendig wären.

Sowohl der Zentralrat der Juden in Deutschland wie auch der Vorsitzende des Universität Bayern e. V. haben die Notwendigkeit einer nachhaltigen Strategie zur Antisemitismusbekämpfung, entsprechender flächendeckender Maßnahmen und bildungspolitischer Initiativen deutlich gemacht. Das Engagement der Hochschulen gegen Antisemitismus bräuchte ausreichende Ressourcen, um weitere effiziente Maßnahmen flächendeckend und nachhaltig an allen Hochschulen umzusetzen. Die Hochschulvertreterinnen und -vertreter sind sich einig, dass mit der derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattung kein langfristiger Erfolg für umfassende Präventionsmaßnahmen erreicht werden kann. Das betrifft die Ausstattung der Antisemitismusbeauftragten ebenso wie Schritte beim Ausbau der Forschung zum Thema Antisemitismus und der Lehrkräfteausbildung. In beiden Bereichen braucht es ein Gesamtkonzept der Staatsregierung für die bayerische Hochschullandschaft. Der Wissenschaft kommt im Kampf gegen Antisemitismus eine besondere Rolle zu. Wissen über Antisemitismus in all seinen Formen ist die Voraussetzung für eine Auseinandersetzung und Bekämpfung.

Vor dem Hintergrund zunehmender Boykottaktionen im Wissenschaftsbetrieb gegen israelische Wissenschaftseinrichtungen und einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in mehreren europäischen Staaten haben sich die bayerischen Universitäten für eine Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel ausgesprochen. Diese Bemühungen müssten von der Staatsregierung mit einem Programm, das künftige Kooperationen koordiniert und finanziell fördert, ermöglicht und beschleunigt werden.